

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP**

**zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
– Drucksache 16/4386**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen  
vom 2. Juli 2018  
– Drucksache 16/4335**

### **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Verordnung über staatsanleihebesicherte Wertpapiere**

Der Landtag wolle beschließen,

I. von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 2. Juli 2018 – Drucksache 16/4335 – Kenntnis zu nehmen;

II. festzustellen,

dass das in der Landtagsdrucksache 16/4335 genannte Ziel der geplanten „sovereign bond-backed securities – SBBS“, nämlich die Verringerung des Staaten-Banken-Nexus, also der gegenseitigen Abhängigkeit von Staaten und Banken durch die übergroße Investition von Banken in Staatsanleihen des Heimatlandes („Home Bias“), absehbar verfehlt wird;

III. die Landesregierung zu ersuchen,

die kritische und im Ergebnis ablehnende Stellungnahme des Bundesrates zur Verordnung über staatsanleihebesicherte Wertpapiere weiter zu unterstützen, auf eine deutliche Positionierung gegen die im Entwurf angelegte Vergemeinschaftung von Risiken hinzuwirken und sich auf der Basis des Bundesrats-Beschlusses mit einer eigenen Stellungnahme an die EU-Kommission zu wenden.

24. 10. 2018

Stoch, Hofelich  
und Fraktion

Dr. Rülke, Dr. Schweickert  
und Fraktion

### Begründung

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen staatsanleihebasierten Wertpapiere sollen einen befürchteten Mangel an Anlagealternativen mit geringem Verlustrisiko im Euroraum beheben und den engen Risikoverbund zwischen den nationalen Staatsfinanzen und dem nationalen Bankensystem (der Staat-Banken-Nexus) mindern. Dies soll ohne gemeinschaftliche Haftung erfolgen.

Dieser Einschätzung der EU-Kommission widersprechen allerdings viele Fachleute, die befürchten, dass hier eine Vergemeinschaftung von Schulden nicht direkt passiert, aber dass im Krisenfall SBBS zusätzlich destabilisierend wirken mit der Folge, dass der politische Druck zur Abgabe staatlicher Garantien steigt und so eine Schuldenvergemeinschaftung durch die Hintertür zu befürchten ist. Dazu wird stark bezweifelt, dass der Staat-Banken-Nexus mit diesem Instrument wirksam begegnet werden kann.

Zwar fehlen noch konkrete Ausgestaltungen, aber bereits die ersten Vorschläge lassen die Risiken um ein Vielfaches größer erscheinen als die Chancen.

Auch der Bundesrat teilt die Bedenken und hat in seiner Beschlussfassung am 21. September 2018 (u. a. mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg) die Bundesregierung deshalb aufgefordert, auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die SBBS nicht an der regulatorischen Privilegierung von Staatsschuldtiteln teilhaben.